

Cottbus, 24.01.2018

Anfrage der Fraktion AfD zur Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kelch,

innere Sicherheit ist ein hohes Gut eines demokratischen Rechtsstaates, diese gilt es zu bewahren und zu verteidigen.

Die brutalen Messerattacken durch jugendliche Flüchtlinge aus Syrien auf deutsche Staatsbürger schüren berechnigte Ängste und Sorgen der Bürger.

Die Gefährderansprache und die negative Wohnsitzauflage lösen das Problem nicht.

Warum wird nicht der Artikel 32 Absatz 1-3 der Genfer Flüchtlingskonvention in Anwendung gebracht?

Die Bürger erwarten einen handlungsfähigen Staat.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Spring-Räumschüssel
Fraktionsvorsitzende der AfD Cottbus